

## **China und Vietnam 1988-1992: Zurück zur Allianz?**

Kay Möller

### **Vorbemerkung**

Eine isolierte Betrachtung der chinesischen Außenpolitik in Südostasien seit 1988 würde eine Serie von Erfolgen aufzeigen: Vervollständigung der diplomatischen Beziehungen zu den ASEAN-Staaten, endgültiger Rückzug der Supermächte und ihrer "Stellvertreter" aus Indochina, Bestätigung der von China historisch beanspruchten Rolle auf der indochinesischen Halbinsel. Tatsächlich agiert Chinas Außenpolitik seit dem Zerbrechen des Ostblocks und dem Massaker vom Juni 1989 als präventive Krisendiplomatie, die angesichts der Enttäuschung über westliche wie östliche Partner mehr denn je auf die Stabilität der eigenen Peripherie fixiert ist. Dabei werden

- traditionell enge Beziehungen weiter intensiviert (Birma, Pakistan),
- Möglichkeiten einer Entspannung im Verhältnis zur GUS und zu ehemaligen Gegnern ausgelotet (Indien, Mongolei) und
- die teilweise problematischen Beziehungen zu den letzten Vertretern des Leninismus für den Fall fortschreitender Isolation verbessert (Nordkorea, Laos, Vietnam).

Besonders deutlich läßt sich diese Politik am Beispiel der Sozialistischen Republik Vietnam aufzeigen, zu der die Beziehungen Pekings - abgesehen von geduldetem Grenzverkehr und Beibehaltung der Botschaften - im Verlauf des Dritten Indochinakonflikts 1977-1988 völlig stagnierten. Im folgenden wird untersucht, welche Faktoren für den Normalisierungsprozeß verantwortlich waren und welche Auswirkungen er auf die Rolle beider Staaten in Südostasien haben wird.

Die Untersuchung ergibt, daß die sino-vietnamesische Entspannung anfänglich von vietnamesischen Zugeständnissen in der Kambodscha-Frage, nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens aber zusehends von Chinas Interesse an der Neuaufgabe ideologischer Bündnisse bedingt war und erst Realität werden konnte, als Washington 1990 auf dem Höhepunkt der internationalen Isolation Pekings mit einer Kambodscha-Lösung unter Ausschluß der Roten Khmer und damit der Volksrepublik China drohte. Die eingetretene Entspannung hat die Kräfteverteilung in Indochina so weitgehend verändert, daß sich die ASEAN veranlaßt sieht, hier mittels einer auch sicherheitspolitisch aktiveren Rolle die Entstehung eines neuen kommunistischen Blocks zu verhindern.

### **I. Faktoren der Normalisierung**

#### *1. Vorgeschichte*

Die vietnamesische Arbeiterpartei (seit 1976 "Kommunistische Partei Vietnams", KPV) war in zwei Indochinakriegen auf die materielle wie moralische Unterstützung der UdSSR und der Volksrepublik China angewiesen und vollführte seit

dem sino-sowjetischen Bruch zu Anfang der 60er Jahre einen schwierigen ideologischen Balanceakt zwischen Moskau und Peking. Der Versuch der USA seit 1972, insbesondere auch in Indochina die "chinesische Karte" gegen die UdSSR zu spielen, und Chinas Widerstand gegen die gewaltsame Wiedervereinigung Vietnams im Jahre 1975 bewirkten eine Abkühlung im chinesisch-vietnamesischen Verhältnis, die drei Jahre später in offener Feindschaft kulminierte.

Hauptsächlicher Faktor für diesen Bruch war der vietnamesische Einmarsch in Kambodscha im Dezember 1978, der Hanoi zu einer dominierenden Rolle in Indochina verhalf, die mit Pekings traditionellem Führungsanspruch in der Region nicht mehr vereinbar war. Nach Chinas - militärisch erfolgloser - "Strafexpedition" gegen Vietnam im Frühjahr 1979 kam es in den bilateralen Beziehungen zu einer fast zehnjährigen Stagnation, sieht man vom letzten - auf beiden Seiten nicht ernstgenommenen - Versuch einer Einigung im Februar 1980 ab, der an Chinas Forderung nach Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha und Verzicht Vietnams auf regionale Hegemonie scheiterte. Schon damals war der eigentliche Adressat nicht die Regierung in Hanoi, sondern ihr großer Verbündeter in Moskau. Die Beziehungen blieben in der Sackgasse, bis Michail Gorbatschow ab 1987 Entschlossenheit signalisierte, neben dem Afghanistan-Konflikt auch das kosten- und prestigeträchtige Kambodscha-Engagement zu beenden.

## 2. *Die Initiative geht von Hanoi aus*

Die konkrete Entspannungsinitiative ging Ende 1988 von Vietnam aus, das angesichts der sowjetischen Weigerung, den Krieg in Kambodscha weiter zu finanzieren, den Preis andauernder Konfrontation nicht mehr zahlen konnte. Wenig später kündigten die UdSSR und osteuropäische Verbündete ihre Wirtschaftshilfe, und während auf der einen Seite der Weltkommunismus zusammenbrach, stagnierten auf der anderen weiter die Beziehungen Vietnams zum Westen. Entspannung im Verhältnis zu China war auch als präventive Maßnahme gegen eine sino-sowjetische Détente inklusive Kambodscha-Regelung unter Umgehung Vietnams gedacht. Im Juli berichtete die westliche Presse über erste konziliante Töne aus dem vietnamesischen Außenministerium, Tenor: Konfrontation schadet dem wirtschaftlichen Aufbau.<sup>1</sup> Zur selben Zeit verhandelten die kambodschanischen Parteien, Vietnam, Laos und die Staaten der Gemeinschaft südostasiatischer Nationen (ASEAN) erstmals in Jakarta über einen Kompromiß. Im Mai hatte Vietnams Außenminister, Nguyen Co Thach, den vollständigen und bedingungslosen Truppenrückzug aus Kambodscha bis Ende 1990 angekündigt.<sup>2</sup>

Parallel zu sino-sowjetischen Gesprächen verhandelten im Januar 1989 die Stellvertretenden Außenminister Chinas und Vietnams, Liu Shuqing und Dinh Nho Liem, in Peking erstmals vertraulich über die Beilegung des Bürgerkrieges in Kambodscha. Zwar sperrte sich Vietnam gegen den von China unterstützten Sihanouk-Plan, der unter anderem eine Viererkoalition in Phnom Penh und internationale Überwachung des Truppenabzugs vorsah. Beide Seiten einigten sich aber, ihre Hilfe für verbündete Parteien in Kambodscha schrittweise abzubauen.<sup>3</sup>

Während in Peking die Frage einer Normalisierung der Beziehungen zu Vietnam mit geringer Priorität und fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt vietnamesischer Zugeständnisse in bezug auf Kambodscha behandelt wurde, waren die Kambodscha-Problematik und Fragen des Verhältnisses zu China in Hanoi Teil eines innerparteilichen Lienenkampfes. Bis Mitte 1990 setzte sich die Linie des Außenministers Nguyen Co Thach durch: Öffnung nach Westen, Rückzug aus Kambodscha, Ausschließung der Roten Khmer von künftigen Kompromissen in Phnom Penh - eine Strategie, die solange in sich nicht schlüssig war, als etwa die USA die Roten Khmer weiter moralisch unterstützten. Der zögernde sino-vietnamesische Dialog konnte unter solchen Vorzeichen schwerlich Ergebnisse zeitigen: Im Mai 1989 erklärte China eine zweite Verhandlungsrunde für gescheitert.<sup>4</sup>

Chinas Zurückhaltung gründete sich auf die Erwartung, zunächst mit den übrigen Beteiligten, insbesondere der UdSSR, zu einer Lösung zu kommen, der sich das wirtschaftlich und diplomatisch isolierte Vietnam und seine Verbündeten in Phnom Penh früher oder später anschließen müssen. Der Gorbatschow-Besuch in Peking im Mai 1989 blieb allerdings insbesondere in bezug auf die Details einer Kambodscha-Regelung ergebnislos, und wenig später war es China selbst, das sich nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens mit weltweiter Ächtung konfrontiert sah. Hanoi qualifizierte das Ereignis als "innere Angelegenheit Chinas".<sup>5</sup> Mit der Hardliner-Fraktion um Ministerpräsident Li Peng kam in China eine Gruppierung an die Macht, die den Veteranen in der vietnamesischen Staats- und Parteiführung ideologisch näherstand als etwa Deng Xiaoping.

Moskau schränkte seine Militärhilfe ab 1989 angesichts wachsender eigener Wirtschaftsprobleme deutlich ein, zog sein Personal aus der Marinebasis Cam Ranh schrittweise ab und begann mit dem Abbau der Subventionen für die Lieferung von Öl, Düngemitteln etc. an Vietnam, die nach Schätzungen des Weltwährungsfonds jährlich ca. 300 Mio. US-Dollar oder 5% des vietnamesischen Bruttosozialprodukts betragen hatten.<sup>6</sup> In Paris einigte sich eine internationale Kambodscha-Konferenz unter Beteiligung Chinas und Vietnams am 1. August 1989 grundsätzlich auf einen Friedensplan, wobei der wichtigste Streitpunkt, die Beteiligung der Roten Khmer an einer späteren Interimsregierung, ausgeklammert wurde. Im September gab Vietnam den Abschluß des Truppenrückzugs bekannt.<sup>7</sup>

### 3. *Der Normalisierungsprozeß gewinnt für China an Bedeutung*

Seit Anfang 1990 deutete Peking bei bilateralen Kontakten an, entfallene sowjetische Wirtschaftshilfe unter bestimmten Bedingungen teilweise ersetzen zu können,<sup>8</sup> Bedingungen, die nun bezeichnenderweise nicht mehr allein aus Zugeständnissen in der Kambodscha-Frage bestanden: Außenminister Thach kolporierte den chinesischen Wunsch, Hanoi möge sich öffentlich gegen die Perestrojka aussprechen.<sup>9</sup>

Im August 1990 beschloß der VN-Sicherheitsrat einen Friedensplan für Kambodscha, der die Rolle der einzelnen kambodschanischen Parteien durch internationale Kontrolle von Waffenstillstand, Übergangsregierung und Wahlen weitgehend neutralisieren sollte. Dieser Plan schrieb allerdings den Roten Khmer

zwei der zwölf Sitze in der vorgesehenen Übergangstaatsführung zu und stieß damit auf den Widerstand des vietnamesischen Außenministers.

Nguyen Co Thach galt Mitte 1990 nicht nur in chinesischer Sicht, sondern auch für die dogmatische Fraktion in der eigenen Partei als Haupthindernis für Fortschritte im sino-vietnamesischen Verhältnis, zumal Vietnam bei andauernder Blockade des VN-Friedensplans nun auch einen militärischen Sieg der Roten Khmer nicht mehr ausschließen konnte. Während sich Sihanouk und der kambodschanische Ministerpräsident Hun Sen zum Mißfallen Peking bei Verhandlungen in Tokio einen Schritt näherkamen, versuchte KPV-Generalsekretär Nguyen Van Linh, dem Normalisierungsprozeß neuen Auftrieb zu geben. Ein Gespräch mit Chinas Botschafter im Mai 1990 löste eine Serie von Kambodscha-Verhandlungen der Stellvertretenden Außenminister Dinh Nho Liem und Xu Dunxin aus. Von diesem Zeitpunkt an verlor Thach seinen Einfluß in der Partei, der konservative Verteidigungsminister Le Duc Anh verdrängte ihn vom zweiten Rang der Politbüro-Hierarchie. James Bakers Versuch, Thach im Juli 1990 mit einer "neuen Indochinapolitik" der USA (insbesondere Einstellung der moralischen Unterstützung für die Roten Khmer und unmittelbare Gespräche mit Hanoi über Kambodscha) zu stärken, kam zu spät und veranlaßte wiederum Peking, das Normalisierungstempo zu beschleunigen.

Der Entspannungsprozeß entwickelte sich fortan im Rahmen der Beziehungen auf der Parteiebene und persönlicher Kontakte aus den 50er und 60er Jahren. Im September führten Generalsekretär Nguyen Van Linh, Ministerpräsident Do Muoi und Ex-Premier Pham Van Dong Geheimgespräche mit KPCh-Führern in Chengdu, der Hauptstadt der chinesischen Provinz Sichuan; die Weltöffentlichkeit erfuhr davon aus dem Munde des übergangenen vietnamesischen Außenministers.<sup>10</sup> Fast zeitgleich und möglicherweise als unmittelbare Folge erzielte die erste Sitzung des kambodschanischen Nationalrats in Bangkok Fortschritte im Hinblick auf Waffenstillstand, Wahlen und Zusammensetzung der künftigen Koalitionsregierung.

Während bis dahin noch keine offizielle chinesische Delegation nach Vietnam gereist war, erhielten die immer häufigeren vietnamesischen China-Missionen fast symbolische Qualität: Vietnams Teilnehmer an den "Asian Games" in Peking wählten zur Anreise die Landroute, die einst annamitischen Tributgesandtschaften vorgeschrieben war. Zu diesem Zweck wurde der seit dem Grenzkrieg 1979 offiziell gesperrte "Freundschaftspaß" wieder geöffnet. Leiter der Delegation war Vizepräsident Vo Nguyen Giap, der die chinesische Hauptstadt als erster vietnamesischer Staatsgast nach mehr als dreizehn Jahren besuchte.

Im Oktober 1990 bildete ein Tourismusabkommen das erste in einer Reihe vertraglicher Abmachungen, die insbesondere an der gemeinsamen Landgrenze den Status quo vom Frühjahr 1977 wiederherstellen sollen.

Auch als Anfang 1991 die Autorität der Regierung Hun Sen in Kambodscha zu zerfallen drohte und Hanoi seine Zustimmung zum VN-Friedensvertrag erneut relativierte, hatte dies im Verhältnis zu Peking nur eine Abkühlung von kurzer Dauer zur Folge: Im März verlautete aus China, die Volksrepublik nehme sich das Recht, die Roten Khmer weiter mit Waffen zu beliefern, solange sich Hanoi den Friedensplan nicht offiziell und insgesamt zu eigen mache.<sup>11</sup> Im Juli hielt sich Verteidigungsminister Le Duc Anh zu Geheimgesprächen in Peking

auf. Im August erklärte der Stellvertretende Außenminister Nguyen Dy Nien, ebenfalls in Peking, Vietnams endgültige Annahme des VN-Friedensplans und gab damit den Weg zur offiziellen Normalisierung frei.<sup>12</sup>

#### 4. Zurück zur Allianz?

In der Zwischenzeit hatte der Siebte Parteitag der KPV im Juni 1991 die Reformfraktion um Tran Xuan Bach, darunter Nguyen Co Thach und Innenminister Mai Chi Tho, der von Peking für den Exodus der Hoa-Vietnamesen chinesischer Herkunft - nach China - verantwortlich gemacht wurde, eliminiert und damit einen dringenden Wunsch der chinesischen Führung erfüllt. Von nun an übernahm China den aktiven Part im Normalisierungsprozeß, in dem Kambodscha nicht mehr die ausschlaggebende Rolle spielte.

Es ging Peking fortan nicht mehr um eine Kambodscha-Übereinkunft mit Hanoi, dessen Einfluß in der Region ohnehin im Schwinden war, sondern um die Beteiligung an einer internationalen Lösung, mit der zwei Jahre nach dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz Chinas Interessen in Indochina und Chinas Rolle als Großmacht anerkannt werden sollten. Der Erfolg dieser Politik erschien in Frage gestellt, als Washington erstmals im Juli 1990 auf Thachs Westöffnung reagierte und mit Abkehr von den Roten Khmer die Möglichkeit einer Kambodscha-Regelung unter Ausschluß Chinas andeutete. Peking öffnete sich Hanois Werben um den Preis der Ablösung des vietnamesischen Außenministers, aber Vietnams Konzessionen in der Kambodscha-Frage waren seit Einstellung der sowjetischen Militärhilfe an Hanoi für den bilateralen Normalisierungsprozeß nur noch indirekt von Bedeutung; Wichtiger waren Chinas seit 1989 exponierte Lage als letzte große Bastion des leninistischen Zentralstaates und das Interesse, alte ideologische Partnerschaften für den Notfall zu erneuern.

Im September brachte Thachs Nachfolger, Nguyen Manh Cam, den Lohn für gemachte Konzessionen von einem China-Besuch zurück: Peking stellte ein neues Wirtschaftsabkommen in Aussicht<sup>13</sup> und lockte insbesondere mit Zusammenarbeit in der petrochemischen Industrie.<sup>14</sup> Und nun kehrte sich auch der Besucherstrom um: Anfang Oktober belegt die Präsenz einer Delegation des Internationalen Verbindungsbüros der KP Chinas in Hanoi die Bedeutung der Parteibeziehungen für den Normalisierungsprozeß.

Am 23. Oktober 1991 wurde in Paris der kambodschanische Friedensvertrag unterzeichnet; China und Vietnam gehören zu den Garanten. Zwei Wochen danach kulminierte die sino-vietnamesische Entspannung im Besuch von KPV-Generalsekretär Do Muoi und Ministerpräsident Vo Van Kiet in Peking. Das Schlußkommuniqué hält fest:

- Gutnachbarliche Beziehungen auf Grundlage der Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz (d.h. Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität, Nichteinmischung, Gleichheit, gegenseitiger Nutzen, friedliche Koexistenz);
- Wiederherstellung der vormaligen "Freundschaftsgrenze";
- Vietnam beschränkt seine Beziehungen zu Taiwan auf inoffizielle Wirtschaftskontakte;
- die Normalisierung richtet sich nicht gegen Dritte; "Anti-Hegemonialklausel" für die Region ("Weder China noch Vietnam streben in der Region nach

- Hegemonie gleich welcher Form; beide wenden sich gegen jeden Versuch, solche Hegemonie herzustellen");
- Würdigung des Kambodscha-Resultats;
  - Übereinstimmung über eine "neue Weltordnung", in deren Rahmen kein Land einem anderen "... seine Ideologie, seine Werte oder Entwicklungsformen aufzwingen" darf.<sup>15</sup>

Zwei Handelsabkommen wurden geschlossen. Offen blieben die Fragen der Inseln im Südchinesischen Meer und der Hoa-Repatriierung sowie der Rückzahlung früherer chinesischer Kredite durch Vietnam.

Insgesamt hatte Vietnam mehr konzedieren müssen als China, aber ausschlaggebend war das gemeinsame Interesse am letzten Punkt des Kommuniqués. Peking war dennoch bemüht, die Bedeutung des Ereignisses nach außen herunterzuspielen. Parteichef Jiang Zemin vor der Presse:

"Es ist unnormal für China und Vietnam, in einem Zustand der Konfrontation zu leben. Es wäre aber auch unrealistisch (zu erwarten), daß ihre Beziehungen zum Stand der 50er und 60er Jahre zurückkehren könnten."<sup>16</sup>

Wenig später erläuterte er dem Pariser Bürgermeister Chirac, China denke keinesfalls an eine ideologische Allianz mit Vietnam, und Parteibeziehungen würden künftig nur eine untergeordnete Rolle spielen.<sup>17</sup>

Das Gegenteil ist der Fall, auch wenn zwischen China und Vietnam Mißtrauen und potentielle Konfliktpunkte fortbestehen: Der entscheidende Impuls zur Détente ging im September 1990 von der vietnamesischen Partei aus und stand im Gegensatz zur offiziellen Regierungspolitik. Er wurde in Peking nicht mehr vornehmlich aus Erwägungen der Kambodscha-Politik aufgegriffen, sondern mit dem Ziel, Chinas Isolation generell, seine drohende Isolation in der Region und die Einkreisung durch ideologische Gegner zu durchbrechen. Er führte zum Erfolg, weil auch der Linienkampf innerhalb der KPV zugunsten der Gegner von Öffnung und Demokratisierung ausgegangen war.

Der Weltöffentlichkeit, den Nachbarn und den eigenen Bürgern wird allerdings seither eine diplomatisch formalisierte Partnerschaft vorgeführt: Im Februar 1992 besuchte Chinas Außenminister Hanoi und unterzeichnete weitere Wirtschaftsabkommen. Vietnam erklärte seine Bereitschaft, Altschulden aus den Jahren 1973-1979 zurückzuzahlen.

Im März trafen sich Vertreter der Streitkräfte zwecks "Wiederherstellung und Ausbau" ihrer Freundschaft.<sup>18</sup> Weitere Abkommen, über Kommunikation und Telekommunikation, Transport und Postverbindungen wurden unterzeichnet. Am 7. März fand ein Gedankenaustausch der beiden Politbüros statt. Im Dezember 1992 war Chinas Premier Li Peng als erster Pekinger Regierungschef seit einundzwanzig Jahren in Hanoi. Li gewährte Vietnam einen zinsfreien Kredit in Höhe von 14 Millionen US-Dollar und unterzeichnete Verträge über Investitionsförderung, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit. Zwölf Jahre Konfrontation schienen vergessen.

Die sino-vietnamesische Entspannung begann mit dem sowjetischen Disengagement in Indochina, wurde aber erst Realität, als Washington 1990 auf dem Höhepunkt der internationalen Isolation Pekings mit einer Kambodscha-Lösung unter Ausschluß der Roten Khmer und damit der Volksrepublik drohte.

## II. Folgerungen für Südostasien

### 1. Grundzüge der "Pax sinica"

Die Wiederherstellung vorkolonialen Einflusses in den Anrainerstaaten des Südchinesischen Meeres ist wesentliches Leitmotiv chinesischer Außenpolitik seit 1953. Dabei ist die symbolische Anerkennung einer chinesischen Führungsrolle für Peking von größerer Bedeutung als unmittelbare physische Kontrolle; das heißt, in der praktischen Politik sind durchaus langwährende pragmatische Kompromisse möglich. Dieses Ziel beinhaltet

- Opposition gegen eine dauerhafte und dominierende Präsenz anderer Großmächte in der Region und
- innerregionale Balance durch Stützung des jeweils Schwächeren gegen stärkere Nachbarn.

Im Interesse dieses Ziels wurden sowohl die kommunistische Guerilla in westlich orientierten Staaten (Thailand, Malaysia) als auch etablierte kommunistische Regierungen (Nordvietnam, Laos, Kambodscha) als auch Neutrale und Nichtgebundene (Sihanouk, Sukarno) sowie die militärische Rechte (Thailand, Birma) zu verschiedenen Zeiten in unterschiedlichem Ausmaß moralisch und materiell unterstützt. Direkte militärische Intervention blieb der - oft von innerchinesischen Entwicklungen abhängige - Ausnahmefall und war in der Regel so kurz und punktuell, daß sie ihrerseits eher symbolischen Charakter hatte (z.B. die Konflikte an der vietnamesischen Grenze und die Auseinandersetzung mit Vietnam um den Spratly-Archipel).

Hier ist insofern zu differenzieren, als Chinas Anerkennung der Gemeinschaft Südostasiatischer Nationen (ASEAN) im März 1978 in den fünf - heute sechs - Mitgliedstaaten offenkundig mit dem Verzicht auf Intervention durch einheimische Chinesen oder lokale Guerilla verbunden war und der Anspruch auf Anerkennung seiner Führungsrolle heute de facto auf Birma und die indochinesische Halbinsel beschränkt ist. Der diesbezügliche Entschluß fiel allerdings in einer Konstellation, in der Vietnam nach dem Rückzug der USA aus Südostasien versuchte, Indochina mit sowjetischer Unterstützung zu dominieren. Er war folglich seinerseits als Beitrag zum innerregionalen Kräftegleichgewicht zu verstehen.

Sino-vietnamesische Détente bzw. neue Entente bedeutet daher sowohl für Indochina als auch für Südostasien insgesamt eine neue Kräfteverteilung, weshalb Hanoi und insbesondere Peking seit Ende 1990 immer wieder darauf bestanden haben, daß diese Entwicklung nicht gegen Dritte gerichtet sei und keinesfalls zu einer Neuauflage der ideologischen Partnerschaft der 50er und frühen 60er Jahre führen werde.

### 2. Optionen der Akteure

Unmittelbar betroffen sind die Roten Khmer, die für China schon seit 1979 ausschließlich als Gegengewicht zu vietnamesischem Expansionismus von Bedeutung waren. Diese Rolle ist ausgespielt, wenn das Pariser Abkommen hält. Anderenfalls bleibt es Peking überlassen, den einstigen Alliierten durch materielle und moralische Unterstützung als politischen Faktor zu erhalten.

Größere Handlungsfreiheit in Indochina erhält Thailand, das Peking seit Beginn des Dritten Indochinakonflikts 1978 wirtschaftlich-militärisch eng verbunden ist und seine Beziehungen zu den indochinesischen Nachbarn erst seit 1988 zu reaktivieren versucht. Wie schon vor der Kolonialzeit werden sich Kambodscha und Laos zwischen den Regionalmächten Thailand und Vietnam wiederfinden und den naheliegenden Ausweg in guten Beziehungen zu Peking suchen.

Nach Durchführung der für Mai 1993 vorgesehenen kambodschanischen Wahlen werden die Ausgangsbedingungen für die Entwicklung in Indochina etwa denen nach dem Fall Saigons im April 1975 entsprechen, als die ASEAN-Staaten Vietnam, Kambodscha und Laos den Beitritt angeboten hatten, ein Angebot, das mit der vietnamesischen Besetzung Kambodschas und Einflußnahme auf Laos hinfällig geworden war. Der Unterschied zur damaligen Situation besteht darin, daß alle Staaten der Region wirtschaftliche Liberalisierungsmaßnahmen durchführen und Vietnam zu einer Kontrolle seiner Nachbarn auf Dauer nicht mehr in der Lage ist. Es war also nur folgerichtig, wenn der vierte Gipfel der ASEAN-Staats- und Regierungschefs in Singapur Ende Januar 1992 eine Erneuerung des Angebots in Aussicht stellte und so auf entsprechende indochinesische Wünsche reagierte. Im Juli 1992 erhielten Vietnam und Laos mit Unterzeichnung des "Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien" Beobachterstatus in der Gemeinschaft. Sollten sie in absehbarer Zeit vollwertige Mitglieder werden, wäre China in dem von ihm beanspruchten Einflußbereich mit einer Freihandelszone konfrontiert, die Ansätze zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt und deren Mitgliedstaaten mehrheitlich auf eine lange Geschichte des Mißtrauens gegenüber Peking zurückblicken. Für die Volksrepublik bieten die Partnerschaft mit Vietnam (ähnlich wie mit Laos und Birma) sowie die zwangsläufige Wiederherstellung enger Beziehungen zu Kambodscha in diesem Szenario folgende Optionen:

- China und ASEAN bilden eine "Wertegemeinschaft" (liberales Wirtschaftssystem bei autoritärer Gesellschaftsstruktur); Chinas Mitspracherecht in Südostasien wird über seine indochinesischen Sonderbeziehungen kanalisiert und sanktioniert;
- die ASEAN stellt sich in entscheidenden Fragen der Welt- und Regionalpolitik gegen China; Indochina wird (ebenso wie Birma) ein Pfand, um Druck auf die Gemeinschaft auszuüben bzw. ihr weiteres Zusammenwachsen zu sabotieren.

### 3. Die veränderte Sicherheitslage in Südostasien

Welche Option Realität wird, hängt nicht zuletzt von der brisanten Frage der Koexistenz bzw. Konfrontation im Südchinesischen Meer ab, wo es um strategisch wichtige Schifffahrtswege und Rohstoffvorkommen geht und das Ausmaß des chinesischen Anspruchs eine gütliche Einigung mit Vietnam, aber auch den Philippinen, Malaysia und Brunei seit Mitte der 70er Jahre verhindert hat. Nachdem Hanoi den Status quo auf den 1974 von China besetzten Paracel-Inseln heute anscheinend stillschweigend akzeptiert, konzentriert sich der Streit auf den südlichen Spratly-Archipel, dessen Inseln und Atolle derzeit von den genannten Anrainern und Taiwan teils militärisch besetzt sind und wo es im März 1988 zu einem kurzen chinesisch-vietnamesischen Seegefecht gekommen war.

Vietnams Versuche, einzelne ASEAN-Staaten in diesem Disput auf die eigene Seite zu bringen, sind bislang gescheitert. Im Rahmen der sino-vietnamesischen Normalisierung wiederholte Peking, wie schon angedeutet, das Angebot, das Gebiet um die Spratlys gemeinsam und zusammen mit anderen Interessenten unter Zurückstellung der Souveränitätsfrage zu entwickeln. Diese Perspektive wurde allerdings mit der Verabschiedung des "Gesetzes der Volksrepublik China über ihre Küstensee und angrenzende Gebiete" am 25. Februar 1992 nahezu wieder zunichte gemacht: Im Zusammenhang mit der möglicherweise bevorstehenden Ratifizierung der VN-Seerechtskonvention durch China definierte die Volksrepublik ihre Hoheitsgewässer, wobei unter anderem die Paracel- und Spratly-Inseln als Ausgangspunkte zur Berechnung einer Zwölfmeilenzone benutzt werden, die etwa Kriegsschiffe aus Drittländern nur mit Genehmigung durchfahren dürfen.<sup>19</sup> Vietnam reagierte mit einer geheimen Protestnote, Malaysia äußerte sich schockiert.<sup>20</sup>

Erfahrung spricht dafür, daß Peking es bei dem deklamatorischen Akt bewenden lassen und seine Küstenmarine vorerst nicht mit der gewaltsamen Durchsetzung dieses Anspruchs mehr als eintausend Kilometer südlich von Hainan beauftragen wird. Bereits im Mai 1992 provozierte China Vietnam unmittelbar durch Vergabe einer Bohrkonzession auf der Tu Chinh Base, achtzig Seemeilen vor der südvietnamesischen Küste, an einen amerikanischen Ölkonzern. Diese schleichweise durchgeführte Expansion ist für Malaysia, Singapur und die Philippinen ein wichtiges Argument für die Modernisierung ihrer See- und Luftstreitkräfte.<sup>21</sup>

Die Auswirkung der sino-vietnamesischen Entspannung auf Fragen der regionalen Sicherheit wurde und wird von einigen ASEAN-Staaten skeptisch beurteilt: Im Juli 1991 äußerten sich die Außenminister der Gemeinschaft auf ihrem Treffen in Singapur besorgt über die Möglichkeit einer "roten Lösung" für Kambodscha,<sup>22</sup> die insbesondere die VN-Forderung nach freien und fairen Wahlen in Frage gestellt hätte. Als der vietnamesische Ministerpräsident im Oktober 1991 Jakarta besuchte, machten Beamte des indonesischen Außenministeriums angesichts der in Vietnam herrschenden ideologischen Situation Zweifel an Hanois Integrationsfähigkeit geltend.<sup>23</sup> Singapurs Interesse an fortdauernder militärischer Präsenz der USA in Südostasien (das insbesondere von Thailand und Brunei geteilt wird) ist vornehmlich von der Besorgnis einer neuen kommunistischen Allianz in Indochina diktiert und wird von Hanoi scharf kritisiert.<sup>24</sup>

Dem steht der Wunsch der vietnamesischen Wirtschaftsreformer gegenüber, angesichts des noch nicht aufgehobenen US-Embargos eine neue und einseitige Abhängigkeit von der Volksrepublik China durch eine Öffnung in Richtung ASEAN zu vermeiden, deren Mitglieder schon heute mehrheitlich größere Handels- und Investitionsvolumina in Vietnam verzeichnen als der nördliche Nachbar.<sup>25</sup>

Hanois Anerkennung der ASEAN als kollektiver Gesprächspartner im Juli 1978 und die Einstellung früherer Polemik gegen die Gemeinschaft als "neokolonialistisches Werkzeug" waren nicht viel mehr als Reaktionen auf einen entsprechenden chinesischen Schritt vier Monate zuvor gewesen, und der anschließende Wettlauf um die Gunst der (damals noch) Fünfergemeinschaft ist ausschließlich im Kontext des Dritten Indochinakonflikts zu erklären. Für die ASEAN-Staaten

andererseits wurde Vietnam mit der Besetzung Kambodschas zur größten Bedrohung der regionalen Sicherheit, was der Gemeinschaft mehr außenpolitische Kohärenz gab und zumindest in der Indochinafrage zu einer Interessenkonvergenz mit Peking führte. Nach dem Wegfall der sowjetischen Vietnam-Hilfe, dem kambodschanischen Friedensschluß und der schrittweisen wirtschaftlichen Öffnung Vietnams entfielen die Gründe für eine weitere Eindämmung Hanois; die ASEAN sah sich im Gegenteil veranlaßt, der befürchteten Renaissance eines sino-vietnamesischen Blocks durch eigene Angebote an Vietnam gegenzusteuern: Unmittelbar nach Unterzeichnung des Pariser Abkommens besuchte Ministerpräsident Vo Van Kiet Indonesien, Thailand und Singapur und bekundete Interesse an einem Beitritt zum Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit aus dem Jahr 1976, den bis dahin außer den ASEAN-Staaten bis heute nur Papua Neuguinea ratifiziert hat.

Die Resonanz war positiv: Ende Januar 1992 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Sechs, Vietnam und Laos zum Jahresende, Kambodscha nach Durchführung freier Wahlen (sowie ggf. Birma) mit dem Beitritt zu diesem Vertrag einen ersten Schritt in Richtung auf ASEAN-Mitgliedschaft zu ermöglichen. Die Ankündigung wurde mit dem Wunsch verbunden, "... eine Situation zu verhindern, die Nordkorea, China und Vietnam in eine Allianz der Roten treiben würde".<sup>26</sup>

Die abschließende Frage einer vietnamesischen ASEAN-Mitgliedschaft ist damit - wie das Beispiel Papua Neuguinea zeigt (Port Moresby hat in den ASEAN-Gremien bis heute nur Beobachterstatus) - auf unbestimmte Zeit vertagt. Aber schon dieser erste bescheidene Schritt macht deutlich, in welchem Maße sich das Kräftegleichgewicht in Indochina mit der sino-vietnamesischen Entspannung verändert hat. Für die ASEAN-Staaten ist nach der vorläufigen Beilegung des Kambodscha-Konflikts China der größte potentielle auswärtige Krisenherd, und zwar sowohl ein China, das seine leninistische Struktur zusehends durch Abschottung und Erneuerung "roter Allianzen" zu retten sucht, als auch ein China, das im Bürgerkrieg zerfällt. Das Angebot einer allmählichen Integration der drei indochinesischen Staaten kann nicht nur als Brückenschlag mit dem Ziel der schrittweisen Öffnung Chinas funktionieren, sondern notfalls auch als Instrument zur Loslösung Vietnams, Kambodschas und Laos' aus dem chinesischen Orbit und Errichtung einer Pufferzone. Welche Variante letztlich Realität wird, hängt weniger von der ASEAN und Vietnam ab als von der künftigen innenpolitischen Entwicklung in China selbst und deren Reflektion durch die internationale Staatengemeinschaft.

Die sino-vietnamesische Normalisierung hat die Kräfteverteilung in Indochina so weitgehend verändert, daß die ASEAN sich veranlaßt sieht, zur Verhinderung eines neuen kommunistischen Blocks auch sicherheitspolitisch eine aktivere Rolle zu übernehmen.

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. *The Washington-Post* (WP), 15.7.1988.
- 2) Vgl. *Radio Hanoi national* (Vietnam.), 26.5.1988 (Rundfunkmitschnitte und Nachrichtenagenturen sind durchgängig nach dem *Summary of World Broadcasts* der BBC in Reading zitiert).
- 3) Vgl. *Radio Hanoi national* (Vietnam.), 28.1.1989.
- 4) Außenminister Qian Qichen, zitiert von der *Nachrichtenagentur Xinhua* (XNA) am 11.5.1989.

- 5) Vgl. **Vietnam News Agency (VNA)** (Engl.), 7.6.1989.
- 6) Vgl. **The Economist**, 16.3.1991.
- 7) Vgl. **VNA** (Engl.), 26.9.1989.
- 8) Vgl. **Radio Hanoi national** (Vietnam.), 28.4.1990.
- 9) Vor osteuropäischen Journalisten; vgl. **XNA** (Engl.), 9.3.1990.
- 10) Thach im Gespräch mit japanischen Journalisten; vgl. **Kyodo News Agency** (Engl.), 20.10.1990.
- 11) Vgl. **XNA** (Engl.), 7.3.1991.
- 12) **Ebd.**, 10.8.1991.
- 13) Vgl. **Radio Peking** (Deutsch), 12.9.1991.
- 14) Vgl. **China Daily** (CD), 25.9.1991.
- 15) Vgl. **XNA** (Engl.), 10.11.1991.
- 16) **XNA** (Chin.), 5.11.1991.
- 17) Vgl. **Neue Zürcher Zeitung (NZZ)**, 7.11.1991.
- 18) Vgl. **VNA** (Engl.), 8.3.1992.
- 19) Vgl. **XNA** (Chin.), 25.2.1992.
- 20) Vgl. **Far Eastern Economic Review (FEER)**, 12.3.1992, S. 8f.
- 21) Vgl. **International Herald Tribune (IHT)**, 27.1.1992.
- 22) Vgl. **Asia-Pacific Defence Reporter**, Oktober 1991.
- 23) **Ebd.**
- 24) Vgl. Quan Doi Nhan Dan, 3.3.1992 nach: **Stimme Vietnams** (Vietn.), 4.3.1992.
- 25) Vgl. **Südostasien aktuell**, Januar 1991, S. 61. Der traditionelle grenznahe Handel mit landwirtschaftlichen Produkten, Öl, Düngemitteln etc. zwischen China und Vietnam erreichte 1990 ein Volumen von ca. 5 Mio. US-Dollar; vgl. **XNA** (Engl.), 28.9.1991.
- 26) Sopie Noordin, Direktor des malaysischen Instituts für Strategische und Internationale Studien in: **IHT**, 22.1.1992.